



ICT-Offensive für Wachstum

Die CVP will Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) besser verankern und nutzen: Die "Wissensgesellschaft" der Zukunft sichert wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand für die Schweizer Volkswirtschaft

Zum Titelbild:

Stärken:

Wir stärken das Wissen und die Anwenderfähigkeiten der Schweizerinnen und Schweizer in der Informationstechnologie, um sie konkurrenzfähiger und produktiver zu machen: Vom Schüler bis zur Seniorin.

Wachsen:

Wir wachsen an Arbeitsplätzen, Beschäftigung und Sozialprodukt dank gezieltem und intelligentem Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Gewinnen:

Wir gewinnen das Vertrauen der Menschen in die Informations- und Kommunikationstechnologien und lassen den "digitalen Graben" gar nicht entstehen: durch den hervorragenden Zugang zu den Technologien und die landesweite Gewährleistung als Service Public.

Sichern:

Wir sichern unsere Zukunft im globalen Wettbewerb, weil wir in Staat und Gesellschaft zu Leaders im Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien werden.

Mensch:

Wir machen den Menschen zum Herrn und Bestimmer über die Maschine – nicht umgekehrt.

Entwicklung:

Wir investieren in Forschung und Entwicklung und übernehmen die Innovationsführerschaft in den Informations- und Kommunikationstechnologien in Europa.

Zusammenfassung:

Wissen, Information und deren Technologien sind zu den zentralen Produktionsfaktoren von Volkswirtschaften geworden. Dieser Wandel verändert die Anforderungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber laufend. Entscheidend für den Erfolg einer Gesellschaft wird in Zukunft sein, dass der Zugang zu neuem Wissen rasch erfolgt und effizient umgesetzt wird. Wer in Zukunft in den Informationstechnologien zur Weltspitze gehört, sichert sich Wachstum und Arbeitsplätze.

Diese Entwicklung verlangt von uns Veränderungswillen. Wie immer, wenn die Schweiz tatkräftig handelt, wird sie die Herausforderung Wissensgesellschaft erfolgreich meistern. Denn die Voraussetzungen sind günstig.

Wir verfügen über eine hervorragende Infrastruktur, in die wir gerade im Bereich Informationstechnologien weiter investieren müssen. Unser Bildungssystem ist eines der besten der Welt. Der Fokus wird aber noch zu wenig auf die neuen Technologien gelegt, sodass wir deren Potential noch bei weitem nicht ausschöpfen. Dieses Wissen in allen Bevölkerungsschichten zu fördern, ist ebenso zentral, wie die Ausbildung von Spezialisten. Unser Rechtsstaat ist so robust, wie in kaum einem anderen Land. Wir können jedoch noch nicht garantieren, dass elektronisch übermittelte Daten vor Missbrauch geschützt sind. Zusammen mit der sicheren Identifikation von Sendern und Empfängern ist dies aber entscheidend, um auch unsere elektronischen Behördendienstleistungen weiter auszubauen. Zudem brauchen wir im Bereich der staatlichen online-Dienstleistungen einheitlichere Standards, die in hohem Masse benutzerfreundlich sind.

Dem Staat kommt dabei die Rolle eines Schrittmachers zu. Er muss im Bereich der Informationstechnologien in die Ausbildung investieren und Rechtssicherheit schaffen. Die Behördendienstleistungen sind ebenso auszubauen wie die Infrastruktur. Dazu braucht es eine klare und einheitliche Strategie mit dem klaren Ziel, die Schweiz in den Informations- und Kommunikationstechnologien weltweit in die Spitzengruppe zu bringen. Jede staatliche Ebene kocht heute noch ihr eigenes teures Süppchen. Insbesondere der Bundesrat ist aufgefordert, seine generelle Abwehrhaltung abzulegen und endlich in die Offensive zu gehen. Wir haben in den genannten Bereichen einen Massnahmenkatalog erstellt, der zeigt, wo wir ansetzen müssen, damit die Schweiz den Anschluss ans neue Zeitalter nicht verliert.

Inhaltsverzeichnis:

TEIL I: ZENTRALE FORDERUNGEN IM ÜBERBLICK	4
1. "ICT-Offensive für Wachstum" – unsere Offensive im Überblick	4
TEIL II: DER WANDEL ZUR WISSENSGESELLSCHAFT	5
2. Die Herausforderung Wissensgesellschaft	5
TEIL III: UNSERE ZIELE	7
3. Ziele unserer ICT-Offensive für Wachstum	7
TEIL IV: DIE AUSGANGSLAGE FÜR UNSER LAND	9
4.1. Infrastruktur: Gute Voraussetzungen erhalten	9
4.2. Ausbildung: Schwache Anwenderkenntnisse	10
4.3. Arbeitsmarkt: Verfügbarkeit der Spezialisten sichern	11
4.4. Rechtliche Rahmenbedingungen klären: Identifikation und digitale Signatur	11
4.5. "Schrittmacher" öffentliche Hand: elektronische Behördendienstleistungen ausbauen	12
4.6. "Schrittmacher" Bund: Strategie entwickeln!	13
4.7. "Schrittmacher" Bund: Forschung aktivieren	15
4.8. Sicherheit: Kontrolle über die Schlüsselinfrastrukturen nicht verlieren	15
4.9. Sicherheit: Kriminalität im Netz wirksam verfolgen	15
4.10. Standortmarketing: Aktivitäten konzentrieren und ausbauen	16
TEIL V: DIE KONKRETEN MASSNAHMEN UNSERER OFFENSIVE	17
5.1. Moderne Aus- und Weiterbildungspolitik	17
5.2. Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen	17
5.3. Sicherstellung einer hochwertigen Infrastruktur	18
5.4. Bessere und einheitlichere Führung des Transformationsprozesses	18
5.5. Ausbau des elektronischen Behördenverkehrs	19
5.6. Einführung der elektronischen Stimmabgabe	20
5.7. Erhalt des kulturellen Erbes	20
5.8. Arbeitsmarktpolitik	21
5.9. Forschungspolitik	21
5.10. Wirtschaftsförderung und Standortmarketing	22
5.11. Gegen die "digitale Spaltung"	23
5.12. Mehr Sicherheit und Bekämpfung der Internetkriminalität	23
TEIL VI: FINANZIERUNG UND UMSETZUNG	25
6.1. Finanzierung der vorgeschlagenen Massnahmen	25
6.2. Umsetzung ICT-Offensive für Wachstum	26

TEIL I: ZENTRALE FORDERUNGEN IM ÜBERBLICK

1. ICT-Offensive für Wachstum – unsere Offensive im Überblick

Die Vision:

Unsere Vision ist, die Schweiz bis 2015 zum Top-Standort für Informations- und Kommunikationstechnologien in Europa zu machen. Voraussetzung für eine starke "Wissensgesellschaft Schweiz" ist der barrierefreie Zugang aller zu diesen Technologien und eine breite Anwenderkompetenz.

Der Nutzen:

Informations- und Kommunikationstechnologien steigern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Im Hochlohn- und Hochpreisland Schweiz ist die Produktivität von Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die zentrale Messgrösse für künftigen Wohlstand und neue Arbeitsplätze.

Kleine und mittlere Unternehmungen machen in unserer Wirtschaft die Mehrzahl der Betriebe aus: Sie verfügen zwar über eine hervorragende Ausrüstung mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, nutzen aber deren Möglichkeiten noch zu wenig. Es braucht deshalb eine Offensive, welche die Chancen klar und breit aufzeigt: Nur so wird ein klarer Produktivitätssprung möglich und die Anstrengungen werden arbeitsplatzwirksam.

Der Staat als "Schrittmacher":

Wir sehen die Rolle des Staates als "Schrittmacher": Er muss Rechtssicherheit schaffen, die elektronischen Behördendienstleistungen ausbauen und für eine klare elektronische Identifikation von Unternehmen und Bürgern sorgen. In der Forschung, Aus- und Weiterbildung muss er sich stärker engagieren und einen klaren Schwerpunkt auf Informationstechnologien setzen.

Es braucht den öffentlichen Zugang zu Basisdienstleistungen im Internet, Schülerinnen und Schüler sollen einen PC zur Verfügung haben, Bürgerinnen und Bürger eine elektronische Bürgerkarte mit allen relevanten Informationen und dem gesamten Dienstleistungsangebot und schliesslich wollen wir, dass in der Schweiz elektronisch gewählt und abgestimmt werden kann.

Die Schweiz als Standort:

Für die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing bildet die Ansiedelung von neuen Firmen aus der Informationstechnologie ein neuer Schwerpunkt: Wir schaffen mit unseren Bemühungen einen "Informationstechnologie-Ballungsraum Schweiz" – vom Boden- bis zum Genfersee. Im globalen und europäischen Kontext positionieren wir unser Land mit seinen kurzen Wegen als einen einzigen "Cluster".

Die CVP als Macherin:

Die CVP ist die einzige Schweizerische Zukunftspartei, welche sich zur Wichtigkeit der Informations- und Kommunikationstechnologien bekennt und die aktive Umsetzung der Wissensgesellschaft propagiert.

TEIL II: DER WANDEL ZUR WISSENSGESELLSCHAFT

2. Die Herausforderung Wissensgesellschaft

Radikale Veränderung der Wertschöpfungsprozesse in der Wirtschaft

Die Schweiz hat sich innerhalb weniger Jahrzehnte mehrmals radikal gewandelt: Von der Agrar- zur Industrie-, zur Dienstleistungsgesellschaft und in den letzten Jahren hin zur Wissens- und Informationsgesellschaft. Der Wandel verändert die Anforderungen sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber permanent und setzt ein hohes Mass an Flexibilität voraus.

Wir Menschen kommunizieren seit es uns gibt. Die Informations- und Kommunikationstechnologien wie Internet und Mobiltelefone geben uns dafür völlig neuartige Instrumente in die Hand. Sie verändern die Art und Weise, wie wir kommunizieren, die Geschwindigkeit der Kommunikation und damit die gesamte Arbeitsweise. Es findet eine radikale Umgestaltung der Wertschöpfungsprozesse in der Wirtschaft statt; unser beruflicher und privater Alltag haben sich stark verändert. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien

- beschleunigen die Wissensproduktion und steigern die Verbreitung des Wissens;
- erhöhen die Speicherfähigkeit und Übertragungsgeschwindigkeit;
- reduzieren die Transaktionskosten;
- beschleunigen den Rhythmus der Innovationen und senken die Innovationskosten;
- führen zur Automatisierung von Standardprozessen;
- ermöglichen Effizienzgewinne und Produktivitätssteigerungen und leisten damit einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung;
- verstärken die internationale Vernetzung und Arbeitsteilung.

Globalisierung kann man nicht verhindern – aber nutzbringend begleiten

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien spielen im Prozess der Globalisierung eine erhebliche Rolle. Dieser Globalisierungsprozess ist eine Chance für unser Land und für die Welt, wenn er aktiv begleitet wird. Schon die Industrialisierung hat das Alltagsleben der Menschen vereinfacht. Sie hat ihnen materiell ein Auskommen gesichert und für breite Kreise Wohlstand gebracht. Auch die Transformation in die Informations- und Wissensgesellschaft wird sich für uns positiv auswirken. Die Politik muss in diesem Prozess klare Rahmenbedingungen abstecken und die Chancen für alle Bevölkerungskreise nutzbar machen. Auch im Industrialisierungsprozess war der Aufbau von sozialen Sicherungssystemen, der Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter aber auch der Umweltschutz notwendig, um den Prozess in eine richtige Richtung zu lenken: Transformationsprozesse erfordern die begleitende Präsenz des Staats – er kann die Entwicklung als Mitträger der sozialen Marktwirtschaft nicht allein den Marktkräften überlassen.

Wenn gute Ideen in einen globalen Wettbewerb treten, wird dies die Innovationskraft fördern. Wo Innovation stattfindet, ist auch die Beschäftigung gesichert. Wo die Menschen Arbeit finden und Einkommen generieren, lassen sich starke soziale Auffangnetze bauen. Kurzum: Der Wandel zur Wissens- und Informationsgesellschaft kann mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft intelligent gestaltet und begleitet werden.

Wissen und Information als Standortfaktor in der Zukunft

Wissen und Information sind zu zentralen Produktionsfaktoren geworden. Zukünftig ist damit zu rechnen, dass nicht allein Zukunftstechnologien die Bedeutung des Standorts Schweiz bestimmen werden, sondern *innovative Anwendungen, Problemlösungsbeiträge* aus der *Kombination* von Technologien und diversen Wissensbestandteilen. So liegt die Entwicklung innovativer Lösungen etwa in den Bereichen Umwelt, Energie, Verkehr oder Gesundheit nahe. Technologischer Fortschritt – *der* Wachstumsfaktor – entsteht abgestützt auf Wissen *und* Technologien. Dazu gehören beispielsweise Marktwissen, Organisationswissen, Führungswissen, Verfahrenswissen, welche ihre Grundlage nicht allein in der Technologie besitzen. Die Wissensgesellschaft ist deshalb ein breit gefasstes Konzept: Es legt den Akzent nicht nur auf Informationsflüsse oder Kommunikationsnetze, sondern bezieht Kreativität und Innovationskraft bei der Anwendung der Technologie mit ein. Damit bekommt der Mensch eine zentrale Rolle auch wenn die Wissensgesellschaft durch die Technologie vorangetrieben wird.

Volkswirtschaften, welche in Zukunft das Wissensmanagement, den raschen Zugang zu neuem Wissen und mögliche Anwendungen aus diesem Wissen sicherstellen können, werden erfolgreich sein:

- Die modernen Informationstechnologien machen Wissen global verfügbar. Informationen werden heute standortungebunden vernetzt. Darin besteht eine hervorragende Chance, dass auch der ländliche Raum oder strukturschwache und periphere Gebiete vom künftigen wirtschaftlichen Wachstum profitieren.
- Arbeitsplätze können räumlich ausgelagert oder zeitlich entkoppelt werden. Die Arbeitsteilung nimmt erheblich zu. Neue Arbeitsweisen, wie die "Telearbeit" ermöglichen zunehmend attraktive Teilzeitmodelle oder auch die Arbeit von zu Hause oder im Hotel. Die Zusammenarbeit in virtuellen Teams kann grenz- oder sogar kontinentübergreifend erfolgen.
- Die Ballung von Unternehmen der Informations- und Telekommunikationsindustrie auf engem Raum bringt positive Effekte: Aufgrund der räumlichen Kleinheit und der hervorragenden Erschliessung unseres Landes wird die Positionierung der Schweiz insgesamt als Informations- und Kommunikationstechnologie-Ballungsraum im Herzen von Europa erfolgreich sein.
- Je schneller die Entwicklungen vor sich gehen, desto wichtiger wird der Faktor Bildung. Mit gezielter Aus- und Weiterbildung können wir den Transformationsprozess als Chance für alle gestalten und die Ausbildung eines "digitalen Grabens" verhindern.

Wertschöpfung durch optimale Kombination immobiler und mobiler Faktoren

Traditionelle Standortfaktoren wie Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen, Grundstück-, Transport- und Lohnkosten verlieren in der Informationsgesellschaft tendenziell an Bedeutung. Wachsende Bedeutung erhalten die Energieversorgungssicherheit und Datenübertragungsinfrastrukturen. Im Wettbewerb der Regionen und Länder werden zudem die mobilen Produktionsfaktoren wichtiger: Die Verfügbarkeit von günstigem Kapital, der technologische Wissensstand und qualifizierte Arbeitskräfte. Die höchste regionale Wertschöpfung kann dort erzielt werden, wo sich immobile und mobile Produktionsfaktoren optimal ergänzen: mit positiven Effekten auf das Beschäftigungs- und Einkommensniveau der Bevölkerung.

TEIL III: UNSERE ZIELE

3. Ziele unserer ICT-Offensive für Wachstum

Den Zukunftsmarkt erobern, Produktivität steigern, Wohlstand sichern

Europa ist mit einem Volumen von 631 Milliarden Franken im Jahr 2004 der weltweit grösste Markt für Informations- und Kommunikationstechnologien. Wir wollen diesen Markt mit Schweizer Wissen und Schweizer Produkten erobern und darauf den Wohlstand unseres Landes für die Zukunft bauen. Die Informations- und Kommunikationstechnologie zeichnet sich durch überdurchschnittliche Wachstumsraten und einen überdurchschnittlichen Zuwachs an Produktivität aus. Daraus leiten wir folgende Ziele ab:

1. Wir heben durch die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien die Produktivität und steigern die Wirtschaftsleistung unseres Landes.
2. Wir leisten einen Beitrag zu mehr Beschäftigung.
3. Wir bauen Nutzung und Angebot der Informations- und Kommunikationstechnologie im öffentlichen Sektor markant aus. Wir erzielen dadurch Kosteneinsparungen und Effizienzgewinne in Milliardenhöhe (Bund, Kanton, Gemeinden).
4. Wir erleichtern den elektronischen Behördenverkehr in allen Bereichen: Dadurch entlasten wir die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger von komplizierten bürokratischen und unproduktiven Abläufen. Wir senken die Administrativkosten von heute jährlich 7 Milliarden Franken für Private und Unternehmen spürbar.
5. Wir erlangen die Innovationsführerschaft in den Informations- und Kommunikationstechnologien.
6. Wir steigern die Zugangsmöglichkeiten zu Informations- und Kommunikationstechnologien für alle Bevölkerungskreise. Wir erhöhen die Intensität der Nutzung und fördern die Anwenderkompetenz der Menschen.
7. Wir sichern die Kapazitäten der Datenübermittlungsnetze, sorgen für tiefere Preise und eine flächendeckende Versorgung mit der Breitbandtechnologie.
8. Als Gesamtergebnis: Wir steigern Wohlstand und Kaufkraft in der Schweiz.

Wir sehen den Schlüssel für künftigen Wohlstand in der Schweiz in einer liberal-sozialen Wirtschaftspolitik, welche den Zukunftsbereich Informations- und Kommunikationstechnologien aktiv fördert. Dazu notwendig sind:

- eine klare Strategie, wie Gesellschaft und Wirtschaft den Sprung ins globale Wissenszeitalter schaffen.
- Rahmenbedingungen, welche den Transformationsprozess beschleunigen.

Wir zeigen auf, wie unsere Gesellschaft und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert werden müssen, damit die technologische Entwicklung so vorangetrieben und angewendet wird, dass sie dem Menschen am nützlichsten ist.

Im globalen Kontext die Schweiz als Standort positionieren

Wir verstehen unser Land dabei als einen einzigen zukunftsweisenden Ballungsraum: Im globalen Kontext muss die Schweiz nach Aussen stark auftreten – nicht einzelne Regionen im Land. Unser Land kann dank seinen hervorragenden Infrastrukturen, den kurzen Wegen, seiner hohen Bevölkerungsdichte, seiner kulturellen Vielfalt und Mehrsprachigkeit, seiner Arbeitsmentalität und seiner zentralen Lage in Europa im globalen Wettstreit gewinnen.

Die Schönheit der Regionen, die Lebensqualität und ökologische Vielfalt des Alpenraums, das Humankapital, der Arbeitsfriede, die Rechtssicherheit und der Ideenreichtum unserer Bevölkerung positionieren dabei unser Land optimal als "Standort Schweiz". Im globalen Kontext setzen wir auf die Gesamtheit der positiven Standortfaktoren aller unserer Regionen: Die Zentren profitieren dabei vom ländlichen Raum und umgekehrt. In diesem Konzept wird unser Land insgesamt zum "Informationstechnologie-Ballungsraum Schweiz".

Wir wollen mit dem vorliegenden Papier Denkanstösse vermitteln, die zeitlich weit über den nächsten Wahltermin hinausreichen. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass wir die Stossrichtung des Papiers sofort aktiv in die Tagespolitik einbringen müssen, wenn wir den Transformationsprozess zur Wissensgesellschaft erfolgreich bestehen und die Früchte der Arbeit dereinst ernten wollen.

Konkreter Massnahmenkatalog für Bund, Kanton und Gemeinden

Wir formulieren Massnahmen, welche sowohl die Bundespolitik aber auch Kantone und Gemeinden betreffen. Wir stellen unsere Offensive allen Sektionen zur Verfügung. Sie werden zur Umsetzung unserer Forderungen auf kommunaler und kantonaler Ebene beitragen. "ICT-Offensive für Wachstum" will:

1. Wertschöpfungs- und Produktivitätspotentiale aufzeigen und volkswirtschaftlich nutzbar machen.
2. Das Bewusstsein bei politischen Behörden und KMU-Unternehmungen für die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Schweiz fördern.
3. Den Dialog über die Rolle der Schweiz in der Wissensgesellschaft in der Bevölkerung anstossen.
4. Die Rolle der Informationstechnologie im Bildungssystem Schweiz frühzeitig thematisieren und dem "digitalen Graben" entgegenwirken.
5. Einen Beitrag für eine einheitliche(re) Führung des Prozesses durch die Behörden leisten und die Schweiz im Bereich der elektronischen Behördendienstleistungen zur führenden Nation machen.
6. Für die Problematik der Daten- und Informationssicherheit und der Internetkriminalität sensibilisieren.

Packen wir die Herausforderung an!

Wirtschaftliche Erfolgspositionen der Zukunft werden im globalen Wettbewerb errungen: Zentral sind die Positionierung der Schweiz in der Informations- und Kommunikationstechnologie, die Innovationsfähigkeit und Risikobereitschaft, die internationale Stellung als Lehr- und Forschungsplatz.

IV Die Ausgangslage für unser Land

Die relevanten Bereiche

Um ein vollständiges Bild unserer Ausgangslage in der Entwicklung der Wissensnation Schweiz zu erhalten, müssen wir verschiedene Bereiche unterscheiden:

- **Infrastruktur:** Sind die technischen Voraussetzungen gegeben, dass sich die Schweiz zur Wissensgesellschaft entwickeln kann?
- **Ausbildung und Arbeitsmarkt:** Sind die Menschen genügend auf den Einsatz der neuen Technologien vorbereitet?
- **Rechtliche Situation:** Sind die rechtlichen Rahmenbedingungen so klar abgesteckt, dass Investitionen in neue Technologien auch abgesichert sind?
- **Rolle des Staates:** Welche Rolle kann der Staat als "Schrittmacher" für die Transformation zur Wissensgesellschaft einnehmen?
- **Sicherheit:** Wo müssen wir die Sicherheit ausbauen, um die Chancen des Transformationsprozesses nicht durch seine Risiken zu gefährden?
- **Standortmarketing:** Haben wir ein erfolgreiches Instrumentarium, um erfolgreiche Unternehmen aus der Branche gezielt in der Schweiz anzusiedeln und so unser Land zum "Informationstechnologie-Ballungsraum" zu machen?

4.1. Infrastruktur: Gute Voraussetzungen erhalten

Was die technischen Voraussetzungen angeht, ist unser Land im internationalen Vergleich derzeit gut positioniert.

- Wir verfügen über eine gute Telekommunikationsinfrastruktur.
- Flächendeckende Übertragungsnetze sind nach wie vor in Schweizer Besitz.
- Wir verfügen über die Möglichkeit, grosse Datenmengen auszutauschen.
- Die Ausrüstung unserer Unternehmungen mit Informations- und Kommunikationsinfrastruktur ist auf einem hohen Niveau.
- Die Durchdringung mit Internet-Anschlüssen ist auch im privaten Bereich hoch.
- Die Preise für den Internetzugang sind im Vergleich mit anderen führenden Staaten (USA, Skandinavien) hingegen zu hoch.
- Nach wie vor ist die kabelgebundene Infrastruktur am sichersten und leistungsfähigsten. Die Versorgung mit Glasfaserkabelnetzen und damit der Zugang zu Breitbandtechnologie weist in der Schweiz noch Lücken auf.

Drohende Engpässe

Widerstände beim Bau neuer Infrastrukturen, lange Bewilligungsverfahren und eine sich abzeichnende Energieversorgungslücke bilden aber eine ernstzunehmende Gefahr für die Zukunft: Engpässe in der Datenübertragung, steigendes Preisniveau oder instabile Stromnetze können die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien bremsen.

Für die Zukunft muss der Staat dafür sorgen, dass die Bereitstellung der Infrastruktur mit der rasant wachsenden Nachfrage Schritt halten können. Dabei ist namentlich der Bund gefordert, den Anbietern von Datenübermittlungs- und Kommunikationssystemen

die notwendige Rechtssicherheit beim Bau ihrer Anlagen zu gewährleisten. Die Voraussetzungen für Zukunftsinvestitionen müssen so beschaffen sein, dass sie Investitionsanreize nicht verhindern.

Marktliberalisierung senkt Preise

Durch eine zielgerichtete Regulierungspolitik muss der Staat vorab darauf hinwirken, dass die aktuellen Wettbewerbsvorteile, welche die Schweiz in der Versorgung mit Datenübermittlungsinfrastruktur heute genießt, nicht verloren gehen.

Für uns stehen dabei Marktliberalisierungen im Vordergrund: Sie bringen mehr Wettbewerb und senken dadurch die Preise.

Marktliberalisierung heisst nicht Privatisierung

Die Frage von Privatisierungen ist im Hinblick auf die Preise der Infrastruktur wenig relevant: Auch eine Swisscom, deren Aktien mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand sind, muss sich dem Wettbewerb stellen. Ihr Verkauf hätte also keine unmittelbar preiswirksamen Folgen. Eine Swisscom in Schweizer Hand bietet aber Gewähr für die flächendeckende Versorgung. Im Hinblick auf das digitale Zeitalter kommt der Versorgungssicherheit mit neuen Technologien gerade im ländlichen Raum, besondere Bedeutung zu: Verfügen Landesteile oder Regionen nicht über die notwendigen Datenübermittlungskapazitäten, so werden sie in ihrer künftigen Entwicklung benachteiligt.

In internationalen Krisensituationen wird zudem entscheidend, ob ein Staat den vollen Zugriff auf seine Datenübermittlungsinfrastruktur gewährleisten kann, oder ob diese mehrheitlich oder vollständig in ausländischem Besitz ist.

4.2. Ausbildung: Schwache Anwenderkenntnisse

Bei den "weichen" Faktoren beginnen die Probleme in der Schweiz: Im internationalen Vergleich sind die Schweizerinnen und Schweizer bei den Anwenderkenntnissen schwach: Eine Mehrheit beherrscht zwar die grundlegenden Funktionen der gängigen Software-Produkte, schöpft deren Potential aber nur zu einem Bruchteil aus. Innerhalb der Unternehmungen können namentlich organisatorische Abläufe durch die Anhebung der Anwenderkenntnisse markant vereinfacht werden. Dadurch lassen sich erhebliche Produktivitätsgewinne erzielen, welche für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausgeschöpft werden müssen.

In den Schulen und Berufsschulen erfolgt der Einsatz der Informationstechnologie nicht vernetzt: Statt eine im allgemeinen Unterricht integrierte Anwendung des Wissens anzustreben, finden isolierte "Informatik-Stunden" statt. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei zwar die Grundfunktionen kennen, können aber den Mehrwert der Informationstechnologie im Arbeitsprozess zu wenig erkennen.

Die Aus- und Weiterbildungspolitik muss auf dem Weg in die Wissensgesellschaft zwei zentrale Ziele erfüllen:

1. Sie muss die Menschen befähigen in den neuen Wertschöpfungsprozessen der Wirtschaft zu bestehen indem sie ihnen die Schlüsselfähigkeiten dazu vermittelt.
2. Sie muss die Chancengleichheit erhalten und der Ausbildung einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken: Dies betrifft sowohl Personen, welche

noch im Arbeitsprozess stehen und von der ständigen Entwicklung herausgefordert sind, als auch Personen, welche den Erwerbsprozess verlassen haben.

4.3. Arbeitsmarkt: Verfügbarkeit der Spezialisten sichern

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bilden einen stark wachsenden Arbeitsmarkt. Durch den Einsatz dieser Technologien mit dem entsprechenden Rationalisierungspotential gehen aber andernorts auch Arbeitsplätze – namentlich im Handel – verloren.

Dieser direkten Beschäftigungsbilanz steht eine indirekte gegenüber: Wenn Güter und Dienstleistungen dank Informationstechnologie billiger eingekauft werden können, steht dieses Kapital Privaten und Unternehmen an anderer Stelle zur Verfügung: Diese Effizienzgewinne werden auch anderweitig verwendet und schaffen Arbeit. Unter dem Strich wird durch die neue Technologie längerfristig ein Plus an Arbeitsplätzen erzielt. Es resultiert ein "Nettobeschäftigungsgewinn".

Verfügbarkeit von Spezialisten volkswirtschaftlich zentral

Die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien ist sowohl für die Branche selbst, als auch für die anderen Wirtschaftszweige von prioritärer Bedeutung: So sind heute in der Schweiz beispielsweise die Banken die grössten Arbeitgeber für Fachkräfte mit entsprechender Ausbildung. Besonders ärgerlich ist die Tatsache, dass viele ausländische Universitätsabgänger in der Schweiz nicht nahtlos weiterbeschäftigt werden können: Sie erwerben ihre Ausbildung zwar in der Schweiz, müssen aber ihren Einsatz in der Wirtschaft anderswo leisten.

Qualitative Veränderungen

Für Politik und Gesellschaft sind auch die qualitativen Beschäftigungseffekte von entscheidender Bedeutung: Die Qualifikationsanforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen. Die „Wissensarbeiter“ der Zukunft verfügen über Erfahrungen in den Bereichen Wissenschaft, Beratung, Informatik, Medien, Marketing, etc. und vermögen ihr solides Grundwissen mit Kreativität und Sinn für die technische Machbarkeit zu paaren.

Im Bereich der Dienstleistungen werden reine Transaktionsangebote aussterben – nur wo diese mit entsprechendem Mehrwert verbunden sind, ist ein Zukunftsmarkt vorhanden. So werden im Finanzdienstleistungsbereich beispielsweise standardisierte Versicherungsprodukte in absehbarer Zeit lediglich auf elektronischem Wege verkauft werden. Für komplexe individuelle Lösungen wird es entsprechende Beratung brauchen.

4.4. Rechtliche Rahmenbedingungen klären: Identifikation und digitale Signatur

Die Gewährleistung von Sicherheit im Internet bildet eine zentrale Voraussetzung auf dem Weg in die Wissensgesellschaft. Sicherheit schafft Vertrauen und baut Berührungsängste mit den Informationstechnologien ab. Sicherheit bedeutet, dass kein Unbefugter die elektronisch übermittelten Daten lesen kann, und dass die Daten unverändert über-

tragen werden. Vertrauen wird erreicht, indem sich Sender und Empfänger gegenseitig einwandfrei identifizieren können.

Genau gleich, wie der Staat durch Pässe und Identitätskarten die einwandfreie Identifizierung von Personen sicherstellt, müsste er im "elektronischen Zeitalter" in konsequenter Fortsetzung dieser Rolle auch die Voraussetzungen schaffen, damit der elektronische Verkehr in den verschiedensten Lebensbereichen sicher und vertrauenswürdig ist. Es ist kaum umstritten, dass die Ausstellung von Dokumenten zur Identifizierung von Personen zum Kernbereich hoheitlicher staatlicher Akte gehört. Hingegen wird vom Bundesrat heute nicht anerkannt, dass er eine federführende Rolle zu spielen hat, wenn diese Dienstleistung in digitaler Form angeboten werden soll.

Für uns ist dabei nicht entscheidend, dass der Staat in Eigenregie diese Dienstleistung sicherstellt – wir verlangen aber, dass der Bund zumindest eine Public-Private-Partnership eingeht, in welcher er die Prozesse führt und koordiniert und mit verbindlichem Zeitrahmen für die Implementierung garantiert.

Die Einführung einer "digitalen Signatur" wird von den Behörden zwar vorangetrieben. Wenn nicht gleichzeitig mit deren Einführung auch Anwendungen für die digitale Signatur vorhanden sind, wird sich dieses Projekt weiter verzögern bzw. sein Nutzen kommt nicht zum Tragen. Weiter kommt erschwerend hinzu, dass aufgrund der föderalistischen Struktur der Schweiz verschiedenste Datenbanken im Einsatz für die Behörden stehen. Selbst auf derselben Stufe – beispielsweise beim Bund – herrscht keine Einheitlichkeit bei der Identifizierung von Personen und Firmen: AHV-Nummer, Mehrwertsteuernummer, Handelsregisternummer, etc. Eine einfache, schnelle und rechtlich einwandfreie Identifikation von Firmen und Personen wird damit massiv erschwert.

4.5. "Schrittmacher" öffentliche Hand: Elektronische Behördendienstleistungen ausbauen

Staatliche Dienstleistungen sind in hohem Masse standardisierbar: Zumeist sind sie durch Regelwerke "genormt" und unterscheiden sich auch regional im Grundsatz kaum: So sind auch Dienstleistungen, welche auf kommunaler Ebene erbracht werden, durchaus einheitlich in elektronischen Kunden- und Anbieter-Prozessen abbildbar.

"Medienbrüche" verhindern

Wenn sich im Zwischenprodukt-, Vorleistungs- oder Dienstleistungsbereich Zulieferfirmen und Abnehmer gegenseitig zur Innovation "hochschaukeln", entstehen auf der gesamten Wertschöpfungskette positive Impulse. Innovationshemmend wirkt dabei, wenn kostenintensive Parallelstrukturen weitergeführt werden müssen – dies etwa im Behördenverkehr: Es darf nicht sein, dass innovative Firmen vollelektronische Prozesse implementieren, um dann andererseits amtliche Formulare mit Schreibmaschine ausfüllen zu müssen!

Damit der elektronische Behördenverkehr erfolgreich eingeführt werden kann, muss die Schnittstellenproblematik überwunden werden. Zudem sollten Bund, Kantone und Gemeinden nach einem einheitlichen Fahrplan die Einführung des elektronischen Behördenverkehrs vorantreiben. Nichts ist ärgerlicher und dem System abträglicher, als wenn verschiedene Dienstleistungen auf einer staatlichen Ebene zwar elektronisch abgewickelt werden können, auf der anderen aber noch nicht. Die Vermeidung von solchen "Medienbrüchen" lässt sich nur mit einem abgestimmten Masterplan verhindern. So gibt der

Bundesrat am 25. Januar 2006 selber zu Protokoll: "Die Schweizer E-Government-Bilanz ist mager. Unser Föderalismus führt dazu, dass gute Lösungen zwar in einem Gemeinwesen eingeführt, in den übrigen aber nicht übernommen oder gar neu erfunden werden. Daraus resultieren eine Verschleuderung der Ressourcen und insgesamt unterdurchschnittliche E-Government-Services."

Elektronisch Wählen und Abstimmen

Nachdem erfolgreiche Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe abgeschlossen werden konnten, möchten wir die elektronische Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen überall möglich machen. Die Versuche haben aufgezeigt, dass ein solches Angebot auch rege nachgefragt wird: Es ist eine Strategie, um die politische Partizipation der Bevölkerung anzuregen. Die elektronische Stimmabgabe soll ebenso zum Alltag von Wahlen und Abstimmungen werden, wie die briefliche Stimmabgabe. Gerade die direkte Demokratie schweizerischen Zuschnitts ist hierfür ein idealer Anwendungsfall.

4.6. "Schrittmacher Bund": Strategie entwickeln!

1998 hat der Bundesrat die Wichtigkeit der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien anerkannt und seine "Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz" verabschiedet. Im Januar 2006 hat er diese Strategie überarbeitet. Aus unserer Sicht nimmt der Bundesrat seine Schrittmacherfunktion hingegen zu wenig wahr und bleibt mit seiner Strategie im Unverbindlichen. Die grössten Schwächen liegen dabei in folgenden Bereichen:

1. Eine einheitliche Führung mit dem klaren Ziel, die Schweiz in den Informations- und Kommunikationstechnologien weltweit führend zu machen, fehlt.
2. Nach wie vor hinkt die Schweiz bei den elektronischen Behördendienstleistungen anderen Staaten hinterher. Es fehlen einheitliche Standards und Strategien. Jede staatliche Ebene – auf Bundesebene sogar jedes Departement – entwickelt eigene Software-Lösungen. Bei über 2000 Gemeinden, 26 Kantonen, 7 Departements und der Bundeskanzlei ist der volkswirtschaftliche Schaden, der dadurch entsteht enorm. Steuergelder werden somit nicht effizient eingesetzt, das Einsparpotential wird nicht ausgeschöpft.
3. Die auf Juni 2006 versprochene und beim Finanzdepartement in Auftrag gegebene "Strategie für den elektronischen Behördenverkehr" ist nach wie vor ausstehend.
4. Der Kompetenzdschungel auf Stufe Bund wird auch in der 2006 erneuerten Strategie zementiert: Nicht weniger als vier Departemente (EDI, EVD, EFD, EJPD) und die Bundeskanzlei sind mit der Erarbeitung von Zielen und Massnahmen für einen Aktionsplan beauftragt!
5. Es ist in dieser Konstellation kaum ersichtlich, wer federführend die Verantwortung trägt. Unter diesen Vorzeichen scheint auch unrealistisch, dass die Arbeiten wie geplant bis im Frühjahr 2007 abgeschlossen werden.
6. Die Konzentration des Bundes auf den elektronischen Behördenverkehr und elektronische Dienstleistungen im Gesundheitsbereich greift zu kurz: Wichtige weitere Felder werden den Verwaltungsstellen überlassen bzw. an die Kantone delegiert: Eine Vision des Bundes etwa für den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien im Bildungsbereich, für die Bedeutung der Technologie

im Standortmarketing, für die künftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt oder punkto Sicherheit existiert nur in Ansätzen.

7. Im Bereich der Sicherheit will der Bundesrat offensichtlich an den bestehenden Strukturen festhalten und sieht keinen vermehrten Führungsbedarf seitens des Bundes. Das bedeutet, dass die Bekämpfung der Internetkriminalität nach wie vor zur Hauptsache in die Zuständigkeit der Kantone fällt.
8. Seit 1998 hat der Bundesrat seine Strategie nie extern evaluiert und Kosten und Nutzen ausgewiesen.

Abwehrhaltung ablegen

Der Bundesrat nimmt in seiner Strategie durchs Band eine Abwehrhaltung ein: Die Rolle des Staates sieht er auf ein Minimum beschränkt. Diese Grundhaltung hat einen doppelten Mangel:

- Sie verbaut den Blick auf innovative Zusammenarbeitsformen zwischen Staat und Privaten: Während innerhalb der EU die Staaten im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien stark auf "Public-Private-Partnerships" setzen, ist davon in der Schweiz wenig zu spüren. In dieser reinen Marktlogik wird verkannt, dass Technologiesprünge mit anfänglich hohen Investitionen verbunden sind: Mindestens als Schrittmacher, Partner und in der Ausbildung hat der Staat eine berechtigte Bedeutung.
- Für den aufgeklärten Bundesstaat war es richtig, die Menschen zu obligatorischer Schulbildung zu verpflichten. Er hat sich darum gekümmert, dass die Bevölkerung Lesen, Schreiben und Rechnen lernte. Bildung wurde auch als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und das friedliche Zusammenleben verstanden. Übertragen auf die heutige Zeit bedeutet dies: Dem Staat kommt die Pflicht zu, die Bevölkerung für das digitale Zeitalter und die Wissensgesellschaft zu befähigen. Verpasst er dies, nimmt er Wohlstandsverluste für die Schweiz in Kauf.

Informationstechnologie wird von der Landesregierung weitgehend als "rein technisches Informatik-Anwendungsproblem auf unterer Stufe" wahrgenommen. Die Verantwortlichkeit innerhalb der Regierung ist unklar: Fragen zu elektronischen Behördendienstleistungen werden auf Stufe der einzelnen Departemente geregelt, die einzelnen Projekte vom "Informatikrat des Bundes" koordiniert. Das dem Finanzdepartement unterstellte "Informatikstrategieorgan Bund" formuliert Programme, Architekturen und Standards, ohne über klare Weisungsrechte zu verfügen. Die Bundeskanzlei betreibt verschiedene Internet-Plattformen, jedes Departement verfügt über einen eigenen Auftritt. **Die Frage: "Welches Mitglied der Landesregierung ist für den Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien zuständig?" kann heute gar nicht beantwortet werden.**

Wenn die Informations- und Kommunikationstechnologien einen der entscheidenden Technologiesprünge für das 21. Jahrhundert darstellen, so ist das Installieren einer klaren Führung von eminenter Dringlichkeit. Schon heute stellen wir fest, dass die EU und andere europäische Nachbarn die Entwicklung eigentlicher Strategien von staatlicher Seite um Jahre früher eingeleitet haben als die Schweiz. Die Führung des Transformationsprozesses und die richtige Positionierung des Landes bedeutet nicht eine Verstärkung des Interventionismus: Sie liegt auch im Interesse der Privatwirtschaft für klare Rahmenbedingungen und berechenbare Zielvorgaben.

Fazit

Während in anderen Ländern der Transformationsprozess zur Wissensgesellschaft Chef-sache ist, wird in der Schweiz die Verantwortlichkeit aufgefächert und nach unten delegiert. Die Strategie des Bundesrats für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz vom Januar 2006 ist eine Ansammlung vereinzelter – und untereinander wenig koordinierter Teilkonzepte – sie ist keine Zukunftsstrategie.

4.7. "Schrittmacher" Bund: Forschung aktivieren

Die Schweiz gerät mit ihren Aufwendungen für Bildung, Forschung und Entwicklung international immer mehr in Rückstand: Berücksichtigt man die Teuerung, die steigenden Studierendenzahlen und die neuen Herausforderungen, so wurde in diesem Bereich unter dem Strich in den letzten Jahren gar abgebaut. Wir setzen uns deshalb für eine jährlich Steigerung der Mittel um 6% ein. Gleichzeitig wollen wir in der Forschung und an den Hochschulen und Fachhochschulen aber auch vermehrt Schwerpunkte bilden. Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind für uns dabei von besonderer Wichtigkeit.

4.8. Sicherheit: Kontrolle über die Schlüsselinfrastrukturen nicht verlieren

Die Stabilität und Sicherheit der Datenübertragungssysteme ist von volkswirtschaftlicher Bedeutung: Der ökonomische Schaden eines Internet-Totalausfalls in der Schweiz während 7 Tagen würde sich gemäss einer ETH-Studie auf rund 5.8 Milliarden Franken belaufen.

Der gesamte internationale Datenverkehr der Schweiz wird nicht einmal über eine Handvoll Leitungen abgewickelt. Wird diese Infrastruktur zum Ziel von Sabotage oder Terrorangriffen, sind die Folgen kaum absehbar. Ausserdem ist die Schweiz mit ihren Datenübertragungssystemen nicht autark: Würden die USA in einem grösseren internationalen Konflikt den Mailverkehr einschränken oder das Internet "abstellen", wäre unser Land davon auch unmittelbar betroffen und würde entsprechenden wirtschaftlichen Schaden davontragen. Völlig unklar sind auch die Folgen eines Verkaufs von flächendeckenden Schweizer Datenübertragungsnetzen ins Ausland: Befindet sich der Firmensitz dieser Eigentümer im Ausland, kann in entsprechenden Konfliktsituationen leicht Druck auf den entsprechenden Netzbetreiber ausgeübt werden: Beispielsweise zur Weitergabe entsprechender vertraulicher Daten, zu Zwecken der Industriespionage oder bis hin zur Einstellung des Betriebs der Netzinfrastruktur. Die Schweiz kann es sich gar nicht leisten, den Zugriff auf eine der Schlüsselinfrastrukturen des 21. Jahrhunderts vollständig zu verlieren! Die Privatisierungspläne des Bundesrats zur Swisscom sind auch vor diesem Hintergrund kritisch zu betrachten.

4.9. Sicherheit: Kriminalität im Netz wirksam verfolgen

Die Verfolgung krimineller Aktivitäten im Internet (und vermehrt auch gegen Nutzer von mobilen Endgeräten) muss die Schweiz wirksam an die Hand nehmen. Grosse Teile der

Bevölkerung und zahlreiche KMU sind sich der Gefahren nicht bewusst. Die Prävention vor Internetkriminalität hat kaum einen Stellenwert. Mit der zunehmenden Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien gilt es auch, den Ruf der Schweiz als sicheren Standort in diesem Bereich zu wahren.

Die strafrechtlich relevanten Aktivitäten im Bereich der Internetkriminalität umfassen eine breite Palette: Pornographische und Gewaltdarstellungen, Extremismus, Rassismus und Terrorismus, unbefugtes Eindringen in Computersysteme, Diebstahl vertraulicher Daten, Industriespionage, Beschädigung von Daten und "Entstellung" von Internet-Auftritten, Kreditkartenmissbrauch, Urheberrechtsverletzungen, Geldwäscherei, illegaler Waffenhandel, Verbreitung von Computerviren und Betrügereien aller Art.

Bei der Strafverfolgung dieser Delikte sind in der Schweiz nach wie vor die Kantone federführend. Mit der Gründung der Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität wurde auf Bundesebene der Handlungsbedarf erkannt. Mit der Melde- und Analysestelle Informationssicherung wurde eine Instanz geschaffen, welche Vorfälle registriert und die Bevölkerung informiert. Wie weit hingegen diese Institutionen mit beschränkten Kompetenzen eine adäquate Antwort auf die kommenden Herausforderungen sind, bleibt fraglich. Die Aufrechterhaltung der weitgehend föderalistischen Struktur bei der Verfolgung der Internetkriminalität ist kaum angemessen. Ohne dass wenigstens die interkantonale Zusammenarbeit forciert wird, kann dem globalen Phänomen nicht wirkungsvoll begegnet werden. Es braucht ein verstärktes schweizerisches Engagement auf internationaler Ebene und die Einführung von wirkungsvollen Sanktionen.

Das US-amerikanische Department of Homeland Security hat einen hochrangigen Sicherheitsbeauftragten ernannt, welcher die Verantwortung über die Internet- und Telekommunikations-Sicherheit in den USA trägt. Eine ähnlich klare Verantwortlichkeit gibt es in der Schweiz nicht. Im August 2005 hat der deutsche Innenminister Otto Schily die Sicherheitsstrategie der Bundesregierung präsentiert, in welcher den Computersystemen von Heimanwendern die gleiche Bedeutung wie Firmennetzwerken und Regierungssystemen eingeräumt wird.

In ihrem Halbjahresbericht 2005 stellt die Melde- und Analysestelle Informationssicherung fest, dass ein permanenter Ausbau der Arbeitsteilung und eine erhebliche Professionalisierung der Angreifer zu beobachten ist.

4.10. Standortmarketing: Aktivitäten konzentrieren und ausbauen

Wir wollen die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing in der Schweiz vermehrt auf Unternehmen aus den Informations- und Kommunikationstechnologien ausrichten. Für uns muss die Wirtschaftsförderung eine aktivere Rolle spielen und im internationalen Vergleich sollte die Schweiz für Massnahmen des Standortmarketings auch vergleichbare Mittel aufwenden können. Beim Bund finden verschiedene Aktivitäten unter diversen Titeln und in mehreren Departements statt. Die bestehende Organisation ist deshalb wenig effizient und muss grundlegend überdacht werden. Auch hier braucht es einheitliche Führung, klare Ziele und eine Erfolgskontrolle.

V. Die konkreten Massnahmen unserer ICT-Offensive für Wachstum

5. 1. Moderne Aus- und Weiterbildungspolitik

1. Wir bringen bis 2010 alle Schulen ans Internet. Für uns bedeutet das: möglichst jede Schülerin und jeder Schüler verfügen über einen individuellen PC-Zugang / PC-Account. (1 PC pro Klasse ist kein PC pro Klasse!)
2. Wir positionieren die Schweiz als globale Marktführerin im Bereich der Lehr- und Lernsoftware. Wir verlangen die Einführung und Verwendung von computergestützten Lehrmitteln in allen Fachbereichen. Das bedeutet die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in die schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildungspläne und insbesondere die fachübergreifende Anwendung der neuen Technologien: "vernetzte Lehre", e-Learning.
3. Wir verstärken die Förderung der Informatik- Berufslehre durch Bund und Kantone.
4. Wir fördern die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrerausbildung in neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.
5. Wir unterstützen den Aufbau von Lehr- und Lernplattformen und virtuellen Bildungsangeboten durch private und öffentliche Bildungsinstitutionen: Fernschule, Fernmatura, Fernuniversität, etc.
6. Wir wirken auf die Anerkennung von virtuellen Lehrgängen nach entsprechender Prüfung hin.
7. Wir steigern die Akzeptanz von Informations- und Kommunikationstechnologien: Einzig Aus- und Weiterbildung in den neuen Technologien hilft die Berührungsängste abzubauen. Wir sehen deshalb den Weg nicht über irgendwelche Sensibilisierungskampagnen, sondern über konkrete und hilfreiche Angebote und den öffentlichen Zugang zum Internetportal.
8. Wir sensibilisieren die Eltern vermehrt für einen sinnvollen Umgang ihrer Kinder mit der Computertechnologie: Sie müssen wertvolle Angebote besser kennen und die Gefahren für ihre Kinder auch besser einschätzen können. Entsprechende Initiativen der Elternberatungsstellen unterstützen wir.

5.2. Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen

1. Einführung einer eindeutigen elektronischen Identität für alle Bürgerinnen und Bürger.
2. Möglichst rasche Einführung der digitalen Signatur und breite Nutzung durch neue Anwenderfunktionen im Bereich der elektronischen Behördendienstleistungen und im privaten Geschäftsverkehr. Die digitale Signatur ist für Privatpersonen und Mitarbeiter zu konzipieren.
3. Möglichst rasche Einführung einer einheitlichen Unternehmensidentifikationsnummer und eines Unternehmensidentifikationsregisters für den gesamten Behördenverkehr (eine Nummer pro Firma und nicht unterschiedliche Identifikationssysteme für Sozialversicherungs-, Mehrwertsteuer- und Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden).

4. Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs durch weitere Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen: Einheitliche Handhabung und Regulierung der neuen Herausforderungen für den elektronischen Geschäftsverkehr im Hinblick auf Datenschutz, Konsumentenschutz, Urheberrechte, zivil- und verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit der Internet Service Provider. Ausbau der internationalen Zusammenarbeit für diese Bereiche.
5. Schaffung aller notwendigen Voraussetzungen für einen sicheren elektronischen Handel und die weitere Verbreitung von elektronischem Handel und Dienstleistungen.

5.3. Sicherstellung einer hochwertigen Infrastruktur

1. Liberalisierung der letzten Meile: Die Tarife für den Zugang zum Internet müssen billiger werden. Die Öffnung der letzten Meile ist in der Revision des Fernmeldegesetzes nur unzureichend erfolgt.
2. Die Preise für Interkonnektion, Mietleitungen und Breitbandanschlüsse müssen auf ein europäisches Niveau gesenkt werden.
3. Der Ausbau der Kapazität der Datenübertragungsmengen muss gesteigert werden: Der Bund muss dafür sorgen, dass national geltendes Recht in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden auch vollzogen wird. Die technischen Auflagen für Betreiber von Datenübertragungssystemen (namentlich Grenzwerte) müssen national geregelt sein.
4. Der Bund muss in Partnerschaft mit Privaten die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen fördern ("die Autobahnen der Zukunft sind Datenautobahnen").
5. Wir wollen beim Strassen- und Wegebau die Bedürfnisse für neue Datenleitungsinfrastrukturen besser koordinieren und Anreize zur Leerverrohrung setzen.
6. Wir stehen einer "grenzenlosen" Auslagerung von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen in der öffentlichen Verwaltung skeptisch gegenüber: Wenn staatliche hoheitliche Akte nicht mehr in Eigenregie erbracht werden können, entstehen Sicherheitsrisiken und Mängel bei der Vertraulichkeit. Wird beispielsweise der Betrieb und die Weiterentwicklung entsprechender Datenbanken durch private Dritte sichergestellt, muss sich der Staat entsprechend absichern.

5.4. Bessere und einheitliche Führung des Transformationsprozesses

1. Wir verlangen, dass die Förderung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in allen Bereichen (Infrastruktur, Ausbildung, Zugang, Verankerung in der Wirtschaft, elektronische Behördendienstleistungen) als zentrales Ziel in der Legislaturplanung 2007-2011 des Bundesrats verankert wird.
2. Wir fordern den Bundesrat auf, die Verantwortlichkeit in Sachen Transformationsprozess zur Wissensgesellschaft klar zu regeln, einer einheitlichen Führung zu unterstellen und dabei direkt auf Stufe Departementvorsteher/in anzusiedeln.

3. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Themas muss die strategische Federführung für uns klar im eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement liegen. Wir wollen dem Volkswirtschaftsdepartement die Kompetenz für eine eigentliche Offensive zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien geben.
4. Die technischen Informatik-Lösungen innerhalb des Bundes sind zentral von einer Stelle zu betreuen. Diese muss verbindliche Standards für alle Departemente formulieren, implementieren und das Controlling sicherstellen. Es sind Weisungsrechte einzuführen. Hier ist die Stellung der Bundeskanzlei aufzuwerten.
5. Mit Kantonen und Gemeinden sollen in geeigneter Form verbindliche und schweizweit geltende Standards verankert werden.
6. Es ist ein Controlling und eine Evaluation der Bemühungen notwendig, um Stärken auszubauen und Schwächen eliminieren zu können.

5.5. Ausbau des elektronischen Behördenverkehrs

1. Wir fordern vom Bundesrat einen klaren Masterplan mit verbindlichen Terminvorgaben für die Einführung von elektronischen Behördendienstleistungen auf allen staatlichen Ebenen.
2. Wir fordern die Entwicklung eines Prozessinventars für den Behördenverkehr auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden: Das Inventar dient als Ausgangspunkt für elektronische Standardlösungen für Dienstleistungen und Prozesse. Ein solches Prozessinventar stellt auch Transparenz über die Kosten der Verwaltungsdienstleistungen her.
3. Wir fordern, die Submissionsverordnungen dahingehend zu ergänzen, dass öffentliche Aufträge künftig auch online ausgeschrieben werden müssen. Nach Realisierung der Projekte sind in den Eckwerten auch die möglichen Abweichungen zwischen offerierten und effektiv angefallenen Kosten auszuweisen. Damit schaffen wir neue Transparenz im Bereich der öffentlichen Aufträge.
4. Wir erachten die elektronische Abrechnung der Mehrwertsteuern, den elektronischen Verkehr mit den Behörden im Sozialversicherungsbereich, die elektronische Erteilung von standardisierten bundesrechtlichen Bewilligungen als dringlich.
5. Wir wollen Anreizsysteme zur Nutzung von elektronischen und online-Dienstleistungen schaffen: dies kann namentlich durch eine Reduktion der Gebühren bei online-Erfassung geschehen.
6. Wir fordern den verstärkten Einsatz von e-Health-Projekten zur Realisierung von Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen: Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und des elektronischen Rezepts und elektronische Verrechnungsmodelle der Leistungserbringer mit den Krankenkassen.
7. Wir wollen bis 2008 den flächendeckenden öffentlichen Zugang zu den Basisdiensten des Internets in den Gemeinden, Bibliotheken, Schulen und Berufsschulen erreichen: Wie die Telefonzelle zum staatlich garantierten Grundangebot für jedes Dorf gehörte, muss heute der Zugang zu einem öffentlichen Internet-Terminal in jeder Gemeinde sichergestellt sein. Diese Massnahme dient auch in hohem Masse der Überwindung der digitalen Spaltung der Gesellschaft.

8. Wir möchten eine "digitale Bürgerkarte" einführen, mit welcher möglichst sämtliche Behördendienstleistungen in Anspruch genommen werden können (Signatur, Gesundheitskarte, ID, Fahrausweis, etc. in einer Karte).
9. Wir ermöglichen die elektronische und sichere Abfrage des persönlichen AHV-Kontos.

5.6. Einführung der elektronischen Stimmabgabe

1. Wir wollen, dass mit der Einführung der elektronischen Identität auch die Möglichkeit geschaffen wird, elektronisch abzustimmen und zu wählen. Nur mit der elektronischen Identität ist eine wichtige Vorbedingung erfüllt, um wirklich zu effizienten und sicheren Abläufen zu kommen.
2. Wir fordern, dass in der Schweiz ab 2010 flächendeckend und sicher elektronisch gewählt und abgestimmt werden kann.
3. Wir verlangen vom Bund die Einführung von einheitlichen Standards, um elektronisch abzustimmen und zu wählen: Dabei müssen einzig die technischen Schwierigkeiten für zentrale und dezentrale Stimmenregister überwunden werden. Wir wollen keine Entwicklung von 2000 unterschiedlichen elektronischen Wahlsystemen auf Gemeindeebene!
4. Wir fordern vom Bundesrat die schnelle Schaffung rechtlicher Grundlagen für eine elektronische Stimmabgabe: Insbesondere muss auch auf dem elektronischen Weg die Sicherheit gewährleistet sein und das Stimmgeheimnis gewahrt bleiben.
5. Wir fordern, dass auch die Sammlung von Unterschriften auf elektronischem Weg ermöglicht wird: Nach Schaffung einer sicheren elektronischen Identität und der damit verbundenen einwandfreien Identifizierung der Unterzeichnenden von Initiativen und Referenden steht dem Sammeln von Unterschriften auf diesem Kanal nichts mehr im Weg.
6. Wir wollen, dass die Schweiz mit ihrer einzigartigen demokratischen Tradition weltweit und wegweisend Innovationen und Standards beim elektronischen Wählen und Abstimmen prägt.

5.7. Erhalt des kulturellen Erbes

1. Wir fordern die Aufbereitung des schweizerischen kulturellen Erbes und der Schweizer Geschichte mit modernen digitalen Mitteln. Dieses Projekt ist im Hinblick auf die künftigen Formen im Schulunterricht und auf die kommenden Bedürfnisse des Tourismus in der Schweiz entscheidend.
2. Wir wollen mit der Digitalisierung des kulturellen Erbes auch virtuelle Museen schaffen, welche ihre "Türen" rund um die Uhr für alle Besucherinnen und Besucher aus allen Kontinenten geöffnet haben.

5.8. Arbeitsmarktpolitik

1. Wir kämpfen für den Erhalt der Personenfreizügigkeit mit der EU; wir wollen das bilaterale Verhältnis mit Europa vertiefen. Dieser Punkt ist für sämtliche Wirtschaftsbereiche – auch die Informations- und Kommunikationstechnologien zentral.
2. Wir erleichtern die Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Spezialisten und Fachkräfte im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien aus der ganzen Welt. Je nach Entwicklung der Bedürfnisse müssen hier sogar aktive Rekrutierungsmassnahmen für Spezialisten ausserhalb des EU-Raums ins Auge gefasst werden. Wir werden uns dagegen wehren, wenn eine von Angst geprägte Ausländerpolitik dazu führt, dass nicht die Spezialisten zu uns, sondern unsere Firmen zu den Spezialisten im Ausland wandern!
3. Wir unterstützen das revidierte Ausländergesetz, weil es entsprechende Möglichkeiten schafft. Hingegen möchten wir beim Verbleib ausländischer Hochschulabsolventen eine weitergehende Bestimmung erreichen: Wer sein Studium bei uns abschliesst, soll sein erlerntes Wissen auch in der Schweiz einsetzen können.
4. Wir fördern neue Berufslehren im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und wirken auf die Schaffung eines entsprechenden Lehrstellenangebots durch die Wirtschaft und die Verwaltung hin.
5. Wir wollen neue Aus- und Weiterbildungsgänge für Fachpersonen aus dem Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien schaffen.
6. Wir propagieren den bestehenden "europäischen Computerführerschein" bei Firmen und Erwerbstätigen: Der Computerführerausweis bildet einen standardisierten und anerkannten Leistungsnachweis für die Anwenderfähigkeiten im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

5.9. Forschungspolitik

1. Wir fordern für das Schwerpunktprogramm "Informations- und Kommunikationsstrukturen", welches zwischen 1996 und 1999 durchgeführt wurde, ein Folgeprogramm: Dieses soll aufzeigen, mit welchen Strategien die Schweiz die Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erzielung von Markterfolgen und wirtschaftlicher Prosperität einsetzen kann.
2. Wir fordern vom Schweizerischen Nationalfonds ein Forschungsprogramm, welches die Erfolgsfaktoren des Technologie- und Wissenstransfer (von der Idee zum marktfähigen Produkt) untersucht. Darauf basierend braucht es vom Bund allenfalls eine entsprechende Überprüfung und Anpassung seiner Förderstrukturen.
3. Wir möchten die Hochschulen und Fachhochschulen noch stärker mit der Privatwirtschaft vernetzen und den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern.
4. Wir müssen Strategien entwickeln, damit die Rolle unseres Patentamts bzw. der europäischen Patentämter gegenüber den USA gestärkt wird: Wenn marktfähige Patente vermehrt im Ausland angemeldet werden, droht die Gefahr der Industriespionage, bzw. der Abwanderung von Firmen ins Land, welches auch den Patentschutz gewährt.

5. Wir wollen, dass sich die Schweiz als Standort für die Schaffung eines European Institutes of Technology bewirbt.
6. Wir kämpfen dafür, dass der geplante europäische Supercomputer in der Schweiz angesiedelt wird. Wir wollen dazu das ETH-Rechenzentrum "Manno" stärken und ausbauen.

5.10. Wirtschaftsförderung und Standortmarketing

1. Wir wollen die Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung und zum Standortmarketing einer einheitlichen Führung unterstellen und im Volkswirtschaftsdepartement konzentrieren.
2. Wir verlangen einen Schwerpunkt der Fördermassnahmen im Bereich der Unternehmungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie.
3. Wir wollen attraktive Start-up Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen aus der Informations- und Kommunikationstechnologie ausbauen.
4. Wir wollen Netzwerke von Unternehmen der Anbieterbranche in Zusammenarbeit mit dem Bund, den Standortkantonen und Gemeinden fördern: Wir regen die Gründung von gemischten Vereinen zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Region und zum Austausch unter den Unternehmungen (Vorbild z. B.: "ICT Surselva") an.
5. Wir verlangen die Erarbeitung einer Datenbasis zu den Angeboten im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie für den Standort Schweiz: Sie stellt die Grundlage für das Standortmarketing und die Erkennung von Versorgungsengpässen dar. Nur wenn wir international erfolgreich dokumentieren können, dass die Infrastrukturen der Schweiz im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien Weltklasse sind, gelingt auch die Ansiedelung neuer Unternehmungen.
6. Wir richten in den bestehenden Strukturen unser Standortmarketing aktiver auf die folgenden Dienstleistungen aus: Hilfe bei der Suche nach Räumlichkeiten, Beratung zu den rechtlichen Rahmenbedingungen, Vermittlung von Kontakten zu Partnerfirmen ("Cluster-Bildung"), Vermittlung von Kontakten zu Kapitalgebern, aktive Information zur Qualität des vorhandenen Angebots an Informations- und Kommunikationstechnologien.
7. Wir wirken in allen Bereichen darauf hin, dass Aufwand und Dauer von Bewilligungsverfahren verkürzt werden: vor allem im Bereich Bau- und Arbeitsbewilligungen. Dabei sind oft nicht die materiellen Bestimmungen an sich das Problem, sondern die damit verbundenen Verfahren, welche mit Rechtsunsicherheit und langer Dauer verbunden sind. Unternehmerinnen und Unternehmer wünschen sich mehr Dialogbereitschaft und dass behördenseitig aufgezeigt wird, "wie es gehen könnte" und nicht "warum es nicht geht" – im Standortmarketing muss diesem Ansatz nachgelebt werden.
8. Wir erhalten den Steuerwettbewerb und achten auf eine massvolle Steuerbelastung: Dabei ist neben der eigentlichen Belastung der Unternehmungen die steuerliche Belastung der leitenden Mitarbeitenden zentral: Reichtumssteuern werden die Rekrutierung neuer Firmensitze in der Schweiz verunmöglichen. Eine Differenzierung zwischen einheimischen und ausländischen Angestellten darf es dabei aus Gründen der Gerechtigkeit nicht geben.

5.11. Gegen die "digitale Spaltung"

1. Wir fordern die Einführung von unentgeltlichen Schulungsangeboten zum Erwerb des Basiswissens für den Internetzugang (in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, mit Jugendlichen, mit bestehenden Bildungsinstitutionen). Wir dürfen die Menschen nicht einfach in den "digitalen Graben" abgleiten lassen! Es gibt bereits erfolgreich erprobte Pilotprojekte, welche auch Verbindungen zwischen der älteren und jüngeren Generation geschaffen haben.
2. Wir stellen an einem Ort pro Gemeinde oder Quartier einen Terminal für kostengünstiges Internetsurfen bereit (analog der "Telefonkabine"): In Gemeindehäusern, Schulen, Bibliotheken, etc. kann mit einer "Public-Private-Partnership" ein solcher Zugang ermöglicht werden.
3. Wir qualifizieren Arbeitslose für Tätigkeiten im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien, wo dies Aussicht auf Erfolg hat und der beruflichen Wiedereingliederung dient.
4. Wir fordern eine Neuauflage des "ICT-Umschulungsgesetzes" (01.419). Es verlangt eine nachfrageorientierte Subventionierung für den Einstieg in Berufe der Informations- und Kommunikationstechnologien. Bei der Abstimmung über die Einführung eines solchen Gesetzes wurde am 20. Juni 2001 das erforderliche qualifizierte Mehr aufgrund der Schuldenbremse nicht erreicht. Ein neues Projekt muss in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft entstehen, entsprechend kosteneffizienter ausgestaltet sein und klarere Kriterien für die anvisierte Personengruppe enthalten.

5.12. Mehr Sicherheit und Bekämpfung der Internetkriminalität

1. Wir fordern den Bundesrat auf, die Verantwortung für die Sicherheit der Kommunikationsinfrastrukturen einer klar bezeichneten Person zu übertragen.
2. Internetkriminalität hat für uns den Charakter der organisierten Kriminalität – insbesondere durch den Umstand, dass zumeist breite Bevölkerungskreise Ziel von Angriffen werden und diese ihren Ursprung auch vielfach im Ausland haben. Deshalb möchten wir die Kompetenz zur Verfolgung der Delikte auf Stufe Bund ausbauen.
3. Wir erwarten vom Bund, dass er sämtliche KMU in unserem Land für die Gefahren im Bereich der Informationssicherheit sensibilisiert. Gerade in Kleinstbetrieben sind die Gefahren und auch einfache Schutzmechanismen gänzlich unbekannt.
4. Die Bemühungen für eine umfassende Prävention der PC-Heimangreifer sind zu verstärken: Oftmals sind diese Systeme gänzlich ungeschützt und von hier aus verbreiten sich namentlich Virenattacken rasant.
5. Die Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuchs sind dahingehend zu überprüfen, ob sie die neuen Formen der Internetkriminalität ausreichend abdecken.
6. Wir fordern vom Bundesrat die Schaffung rechtlicher Grundlagen für den besseren Jugendschutz im Internet: Insbesondere müssen Wege gefunden werden, um Internetseiten mit pornographischen Inhalten zu sperren beziehungsweise den Zugang Jugendlicher zu unterbinden.

7. Die Schweiz verfügt über einen hervorragenden Ruf als sicherer und stabiler Standort und als hervorragender Finanzplatz. Wir möchten diese Reputation nutzen, sie auf die neuen Technologien umlegen und die Schweiz zur führenden Nation in der Informationstechnologiesicherheit machen.

VI Finanzierung und Umsetzung

6.1. Finanzierung der vorgeschlagenen Massnahmen

Die finanziellen Auswirkungen bei einer Umsetzung der Vision "ICT-Offensive für Wachstum" sind schwierig abzuschätzen, weil sie alle staatlichen Ebenen betreffen. Zum anderen sind viele Massnahmen durch das Eingehen eines "Public-Private-Partnership" realisierbar: Die entsprechenden Kosten wären Verhandlungsgegenstand. Im Folgenden können deshalb die Effekte nicht quantifiziert, sondern lediglich qualitativ beschrieben werden.

Informations- und Kommunikationstechnologie kann auch bei der öffentlichen Hand billiger sein!

Grundsätzlich wollen wir bei der Umsetzung unserer Offensive folgende Rahmenbedingungen setzen:

- Schlanke Projektorganisationen: Sämtliche Projekte des Bundes haben sich in der Vergangenheit durch grosse Strukturen und verwischte Verantwortlichkeiten auszeichnet.
- Klare Weisungsbefugnisse von Projektverantwortlichen zur Verhinderung von gegenseitigen "Verhinderungsstrategien" der einzelnen Departements und Bundesämter und einem Kompetenzgerangel Bund / Kantone.
- Reduktion der Anzahl involvierter Gremien.
- Klare politische Zielvorgaben – Umsetzung durch Spezialisten der Materie!
- Konsequente Verwendung bestehender Lösungen: Der Hang zu permanenten Eigenentwicklungen mit der damit verbundenen Schnittstellenproblematik ist aufzugeben: Viele Informatik-Probleme sind gelöst und Standardprodukte auf dem Markt erhältlich (wenn die Wirtschaft mit solchen Produkten funktioniert, kann es der Staat auch).
- Wo Eigenentwicklungen notwendig sind, müssen sie nicht von jeder staatlichen Ebene und jeder Gemeinde autonom vollzogen werden: Hier braucht es Koordination und den Zusammenschluss der Auftraggeber.
- Durch die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten, welche ähnliche Ziele verfolgen können Kosten eingespart werden.

Mehreinnahmen der öffentlichen Hand:

- Das Beispiel USA zeigt deutlich auf, dass die Informations- und Kommunikationstechnologien einen Wachstumsinput für die Volkswirtschaft zu leisten vermögen. Eine aktive Strategie des Bundes wird zu erheblichen Mehreinnahmen bei den Steuern führen.

Minderausgaben der öffentlichen Hand:

- Die Verschlinkung der Verwaltung durch den konsequenten Einsatz von elektronischen Behördendienstleistungen ist möglich. In der Schweiz sind diese Effekte bei Gemeinden, Kantonen und Bund in äusserst hohem Grad kumulierbar. Es ist

mittelfristig deshalb mit einer erheblichen Entlastung der öffentlichen Haushalte zu rechnen.

- Auf Stufe Bund würden die von uns verlangten Massnahmen für eine einheitlichere Führung im Umgang mit dem Transformationsprozess Parallelstrukturen eliminieren und für weniger Kosten sorgen.
- Mit einheitlichen Standards und koordinierten Neuentwicklungen liesse sich für die öffentliche Hand ein Milliardenbetrag einsparen.

Aufgaben- und Verzichtspanung des Bundesrats:

- Für uns ist die Aufgaben- und Verzichtspanung des Bundes der Schlüssel, welcher uns in Zukunftsbereichen wieder Handlungsspielräume zurückgeben muss: Für neue Aufgaben müssen Mittel und Personal freigemacht werden, welche in anderen Bereichen nicht mehr notwendig sind. Der Bundesrat muss sich endlich zum Grundsatz der Aufgaben- und Verzichtspanung bekennen und diese mittragen: Das departementale Denken ist zu Gunsten einer Gesamtstrategie für einen effizienten Staat aufzugeben.
- Wir propagieren seit Jahren, dass die Aufgaben- und Verzichtspanung auch einhergeht mit einer Bundesverwaltungsreform. Diese muss voll auf Synergiegewinne setzen und den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien berücksichtigen.

Mehrausgaben für die öffentliche Hand:

Erhebliche Mehrkosten kommen auf die öffentliche Hand nach unserer Einschätzung vorab in den folgenden Bereichen zu:

- Aus- und Weiterbildung, Forschung: Für uns steht die Steigerung der BFI-Ausgaben (Bildung, Forschung, Innovation) um jährlich 6% im Vordergrund. Ein Teil dieser neuen Mittel muss schwerpunktmässig auch Projekten für die Informations- und Kommunikationstechnologie zur Verfügung stehen.
- Weil sich die technologische Entwicklung rasant weiterentwickelt ist auch für den Staat mit wachsenden Infrastrukturkosten für zeitgemässe Programme und Geräte zu rechnen.
- An neuen Aufgaben kommen Massnahmen zur Verhinderung des digitalen Grabens und zur Bekämpfung der Internetkriminalität hinzu.

6.2. Umsetzung der ICT-Offensive für Wachstum

Das vorliegende Projekt wurde vom Präsidium der CVP Schweiz als Vernehmlassungsgrundlage am 7. August 2006 verabschiedet. Es wurde anschliessend in Vernehmlassung bei den Kantonalparteien der CVP Schweiz geschickt, bevor es schliesslich am 1. September 2006 durch den Parteivorstand verabschiedet wurde.

Anlässlich des "Zukunftskongresses Schweiz 2030" 2007 wird ein erstes Fazit über die Bemühungen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft gezogen. Vertreter aus Gemeinden, Kantonen und dem Bund beleuchten Entwicklungen und Stolpersteine und formulieren Folgeprojekte aus "ICT-Offensive für Wachstum".